

Thema des Monats der hessischen IHKs

September 2017

IHK Energiewendebarmeter fordert:

Stromzusatzkosten senken

Die Energiewende hat den Bundestag in der zurückliegenden Legislaturperiode kontinuierlich beschäftigt. Gleich drei Mal hat das Parlament das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) überarbeitet. Außerdem wurden ein Strommarktgesetz und ein Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende verabschiedet, heftig um den Stromnetzausbau gerungen und zum Schluss auch noch die Verteilung der Kosten für das Übertragungsnetz geändert. Nach solch einem Programm stellt sich die Frage: Kommt die Energiewende nun in ruhigeres Fahrwasser? Wohl kaum, denn viele Fragen zur Energiewende sind noch offen.

Wer trägt welchen Anteil an den weiter steigenden Energiewende-Kosten?

Wird die Politik einen Termin für den Ausstieg aus der Braunkohle bestimmen?

Welchen Beitrag leisten Wärme und Mobilität zur Energiewende? Wie kann also Strom vermehrt zum Heizen bzw. Autofahren genutzt werden?

Grundlage für die Energiewende ist das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG). Es legt klar fest, dass die Energieversorgung möglichst sicher, preisgünstig, verbraucherfreundlich, effizient und umweltverträglich sein soll. Diese Kriterien sind die Messgröße für aktuelle und zukünftige Entwicklungen der Energiewende in Deutschland.

Die Unternehmen sehen derzeit vor allem ein Kriterium als verletzt an: Die preisgünstige Versorgung mit Strom. In den letzten Jahren sind die Stromzusatzkosten, bestehend aus zahlreichen Umlagen und der Stromsteuer, erheblich gestiegen. Im aktuellen IHK-Energiewendebarmeter ist daher die Top-Forderung der befragten Unternehmen an die Politik, die Stromzusatzkosten müssen gesenkt werden. Mehr als 53 Prozent der Unternehmen in Hessen und im Bund fordern dies.

Mehr als 16 Prozent der Unternehmen in Hessen beurteilen die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens als negativ bzw. sehr negativ. Über 9 Prozent der hessischen Unternehmen tragen sich mit dem Gedanken, die Produktion in Hessen einzuschränken bzw. Kapazitäten ins Ausland zu verlagern. Sie kehren dem Industriestandort Hessen, wenn auch nur teilweise, den Rücken. 2,6 Prozent der Unternehmen in Hessen haben wegen der hohen Energiekosten bereits Verlagerungsmaßnahmen realisiert. Weitere drei Prozent sind aktuell in der Umsetzungsphase und knapp vier Prozent planen solche Veränderungen. Somit wird sich die Abwanderung von Industrieproduktion, damit auch von Arbeitsplätzen, weiter beschleunigen.

Für die Industrie- und Handelskammern ist klar, wohin die Reise gehen sollte, zu weniger Staat und mehr Markt. Durch eine deutliche Reduktion der Steuern und Abgaben auf Strom muss die Energiewende neu ausgerichtet werden. Nur unter diesen Bedingungen kann Energiewende neue Marktchancen generieren und den Wirtschaftsstandort Hessen stärken.